



INFO der Frauen Union der CDU Schleswig-Holstein

FU!

kompetent – kreativ – kooperativ

März 2019

*Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde
der Frauen Union Schleswig-Holstein,*

wichtige politische Entscheidungen wurde vom Bund und dem Land auf den Weg gebracht. Besonders zu erwähnen ist die Einigung der großen Koalition im Bund zur Ergänzung des strittigen Paragraphen 219a StGB. Demnach soll es künftig für Ärztinnen und Ärzte möglich sein, Hinweise auf der Homepage o. Ä über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen legal zu ermöglichen. Zudem wird bei der Bundesärztekammer eine Liste der Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, erstellt. Dort gibt es auch weitere Informationen zu den Behandlungsmethoden. Die Frauen Union Schleswig-Holstein begrüßt diese Einigung, die so auch Beschlusslage in der Jamaika-Koalition im Landtag ist.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein ist mit der Neuregelung der Kita-Finanzierung im Land auf den Weg gebracht worden. Ziele dieser Reform sind, qualitative Standards zu verbessern, die Finanzierungsstrukturen transparenter und gerechter zu gestalten sowie eine finanzielle Entlastung von Eltern und Kommunen zu erreichen.

In einem breiten Beteiligungsprozess einigte man sich auf ein verbindliches, gesetzlich normiertes „Standard-Qualitäts-Kosten-Modell“ (SQKM). Auf dieser Basis erfolgt die Berechnung eines nach Betreuungsstunden und dem Alter der Kinder differenzierten sowie jährlich dynamisierten Gruppenfördersatz. Besonders zu erwähnen ist, dass die Elternbeiträge im U3- und Ü3-Bereich landesweit gedeckelt werden. Das lange von den Eltern gewünschte Wahlrecht der Eltern bei der Kita-Auswahl ist ebenfalls Bestandteil der Reform. Das neue Kita-Gesetz soll zum 1. Januar 2020 in Kraft treten und zum 1. August 2020 umgesetzt werden.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre des FU-Infos und allen eine frohe Osterzeit

Ihre

Katja Rathje-Hoffmann MdL

Inhalt

Bericht der FU-Landesvorsitzenden	1
CDU-/FU-Frauen aktiv im Land	2
Vorstandswahlen der FU Kronshagen	2
FU Steinburg und Weihnachtsbäume	2
Damenwahl – 100 Jahre Frauenwahlrecht	2
Valentinstag der Frauen Union Kronshagen	3
Gleichberechtigung im Wahlrecht	3
Guter Kompromiss bei §219a StGB	4
Bundes-FU	
<i>Kolumne unserer Beisitzerin im Bundesvorstand</i>	5
Aus dem Landeshaus und der CDU-Fraktion	5
Termine	6
News-Ticker	6
Impressum	6
Mitgliederwerbung	7
Flugblatt Equal Pay Day	8



CDU-/FU-Frauen aktiv im Land

Vorstandswahlen der FU Kronshagen

Ende letzten Jahres fand die Mitgliederversammlung der FU Kronshagen mit Neuwahl des Vorstandes statt. Die stellv. Bürgermeisterin Andrea Linfoot fungierte als Versammlungsleiterin. Bürgervorsteher Bernd Carstensen und Ortsvorsitzender Thomas Kahle begrüßten die Mitglieder und Gäste.

Helga Carolus kandidierte nach 21 Jahren ehrenamtlichen Engagements in der Frauen Union nicht erneut als Beisitzerin/Schatzmeisterin und wurde feierlich verabschiedet.

Anschließend traten die 40 stimmberechtigten Mitglieder in die Wahlgänge ein. Die Vorsitzende Carola Schnoor sowie ihre Stellvertreterin Regina Raubusch wurden einstimmig wiedergewählt. Zur neuen Beisitzerin/Schatzmeisterin wählten die anwesenden Damen Susanne Hartz.

Herzlichen Glückwunsch an die gewählten Damen sowie alles Gute für die weitere engagierte Arbeit!



Foto: S. Gleich

Petra und Klaus Mohr vermittelten bei einem Rundgang über das Baumschulgelände eine kleine Weihnachtsbaumkunde und weihten die interessierten Gäste in die Geheimnisse ihres Erfolgskonzeptes ein. Über Jahrzehnte andauernde konsequente Mehrleistung und durchgehende Spitzenqualität haben ihnen ein hohes Renommee eingebracht. Die FU-Kreisvorsitzende Simona Gleich freute sich über einen so internationalen Botschafterbetrieb aus dem Kreis Steinburg und bedankte sich herzlich für die Gastfreundschaft. Mehre Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten schließlich die Chance, sich ihren perfekten Weihnachtsbaum für ein gelungenes Weihnachtsfest auszusuchen.



V. l.: S. Hartz, C. Schnoor, R. Raubusch
Foto: FU Kronshagen

Frauen Union Steinburg und Weihnachtsbäume

Und auch, wenn das Weihnachtsfest gerade hinter uns liegt, verdient es diese schöne Geschichte noch erzählt zu werden. Was haben das Disneyland Paris und der Moskauer Rote Platz gemeinsam, fragte sich die Frauen Union des Kreises Steinburg zusammen mit der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung? Die Antwort darauf lautet, beide schmücken sich mit Weihnachtsbäumen der "Champion-Klasse" aus der Baumschule Klaus Mohr in Horst im Kreis Steinburg.

Damenwahl – 100 Jahre Frauenwahlrecht

Unter dem Titel "Damenwahl - 100 Jahre Frauenwahlrecht" feierten die Frauen Union und die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Schleswig-Holstein am 12. Januar 2019 in Kiel 100 Jahre Frauenwahlrecht. Nach der Begrüßung und einem kurzen historischen Überblick durch die FU-Landesvorsitzende Katja Rathje-Hoffmann MdL, machte der KPV-Landesvorsitzende Ole-Christopher Plambeck MdL deutlich, dass der Anteil der Frauen in den Parlamenten erhöht werden müsse. Als Ergebnis der Kommunalwahl 2018 betrage der Frauenanteil leider nur rund 20 Prozent in den kommunalen Gremien. Hier müsse unbedingt eine Veränderung eintreten.

Die Kieler Bildungsforscherin Prof. Dr. Melanie Groß referierte anschließend über die Frauenbewegung im Jahre 1919 und schlug den Bogen bis zur Gegenwart. So gebe es noch immer nicht die eine Frauenbewegung, sondern eine heterogene Bewegung, die zumeist durch das übergeordnete Ziel geeint sei.

In der sich anschließenden Diskussion wurde angeregt nach Lösungen gesucht, um über Veränderungen bei der Gremienstruktur, der Sitzungszeiten oder auch thematischen Schwerpunktsetzungen mehr Frauen für die Arbeit in kommunalen Gremien zu begeistern. Rathje-Hoffmann und Plambeck abschließend: "Dies ist auch weiterhin eine gemeinsame Aufgabe für die FU und die KPV."

Zwei weitere Veranstaltungen komplettierten die Feiern zum Jubiläum des Frauenwahlrechts. So hatte die Konrad-Adenauer-Stiftung im Januar nach Berlin zu der Veranstaltung „Frauenpolitik – Auftrag für morgen! Aus Anlass 100 Jahre Frauenwahlrecht“ eingeladen. Hermann-Ehlers-Stiftung und das Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung luden fast zeitgleich in das Landeshaus in Kiel ein.

Die FU-Bundesehrenvorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth war bei beiden, gut besuchten Veranstaltungen anwesend und begeisterte wieder einmal mit ihren Diskussionsbeiträgen und ihrem Festvortrag. Erneut machte sie jeweils deutlich, dass sie jetzt Parität einfordere.



v.l.: O. Plambeck, K. Rathje-Hoffmann, Prof. Dr. M. Groß
Foto: K. Albrecht

Valentinstag der Frauen Union Kronshagen



Seit nunmehr 42 Jahren besteht bei der Frauen Union Kronshagen die liebenswerte Tradition, dass der Valentinstag an einem Freitag nach dem 14. Februar gemeinsam gefeiert wird. Auch in diesem Jahr gab es ein abwechslungsreiches Programm mit Livemusik (Instrumentalduo "Sing Your Soul"), den

Kunstturnerinnen der olympischen Klasse Lisa und Elli sowie dem Chor Kronshagen (Leitung: Imre Sallay).

150 Gäste konnte die FU-Kreisvorsitzende Carola Schnoor begrüßen.

Die FU-Landesvorsitzende Katja Rathje-Hoffmann MdL sprach ein Grußwort, die Festrede hielt Frau Dr. Juliane Rumpf, Kreispräsidentin Rendsburg-Eckernförde.

Sie informierte u. a. über die Ziele des Frauenforums Kreis Rendsburg-Eckernförde und plädierte für ein paritätisches Wahlrecht. Rumpf möchte noch mehr Frauen für die Politik begeistern und auch daher soll aus dem Frauenforum zukünftig ein Frauennetzwerk erwachsen.



v.l.: Dr. J. Rumpf, C. Schnoor
Foto: T. Stritzl

Aus dem FU-Landesvorstand waren zudem die stellvertretende Landesvorsitzende und Bundesvorstandsmitglied Dr. Stefanie Rönnau sowie die Kreisvorsitzende Birka Lemke anwesend. Für die FU Kiel nahm deren Kreisvorsitzende Sigrid Schröter teil.

Gleichberechtigung im Wahlrecht



Unsere stellvertretende FU-Landesvorsitzende, Petra Nicolaisen MdB, sprach im Februar im Bundestag über die Gleichberechtigung im Wahlrecht. Die AfD-Fraktion hatte einen Gesetzentwurf zur Wiederherstellung der Gleichberechtigung im Wahlrecht und in den politischen Parteien eingebracht. Demnach hätten mehrere im Bundestag vertretene Parteien Kandidaten zu öffentlichen sowie innerparteilichen Wahlen unter regelhaftem

Verstoß gegen das Demokratieprinzip und den Gleichberechtigungsgrundsatz aufgestellt. Die AfD monierte die Kandidatenaufstellungen anderer Parteien. Beispielsweise hat sich die CDU dazu verpflichtet, dass Frauen an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten zu mindestens einem Drittel beteiligt sein sollten.

Nicolaisen machte in ihrer Rede deutlich, dass der Gesetzentwurf inhaltlich gänzlich an dem vorbeigehe, was uns als Gesellschaft beschäftigen sollte: gleichberechtigte Teilhabe und Verantwortung von Frauen und Männern in unserer und für unsere Gesellschaft in allen Bereichen und auf allen Ebenen - eben auch in politischen Parteien und im Deutschen Bundestag. Gleichberechtigung von Frauen und Männern sei eine wesentliche Frage von Gerechtigkeit und Demokratie. So zeige der Frauenanteil im Deutschen Bundestag, dass die Erhöhung des Frauenanteils in Parteien sowie im Bundestag vorangetrieben werden muss.

Petra Nicolaisen machte deutlich, dass es ihr darum gehe, Frauen auf allen politischen Ebenen für die Politik zu begeistern.



**Presse:
Katja Rathje-Hoffmann MdL**

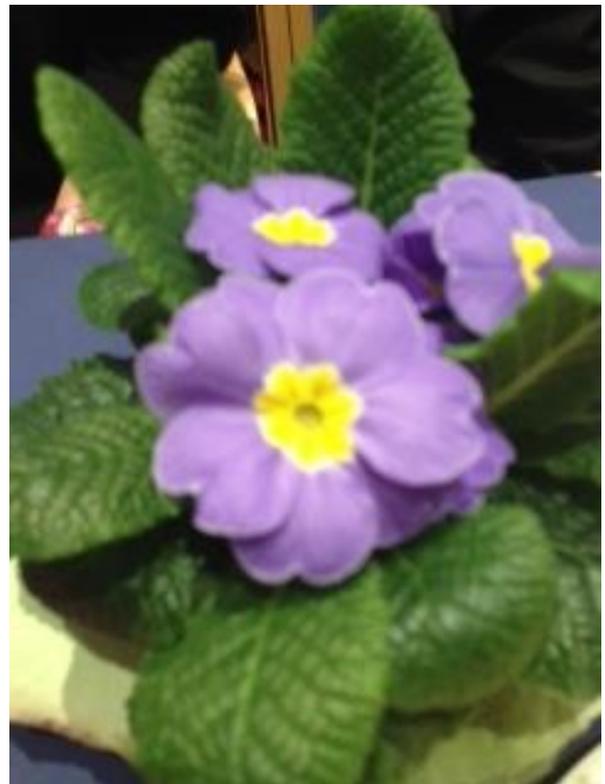
**Guter Kompromiss bei
§219a StGB:**

**Trotz Werbeverbot für
Ärzte und Kliniken –
Mehr Information für
Frauen!**

Der Kompromiss in der Diskussion um §219a StGB (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche) ermöglicht Frauen in Zukunft mehr qualitätsgesicherte Information über medizinische Fragen im Zusammenhang mit einem Schwangerschaftsabbruch. Ärzte und Kliniken sollen Frauen – auch im Internet – informieren können, dass sie Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen des § 218a Absatz 1-3 StGB durchführen. Die im Schwangerschaftskonfliktgesetz dafür vorgesehenen Konfliktberatungsstellen beraten wie bislang zu psychosozialen Fragen und geben darüberhinausgehende Informationen. Diese werden ergänzt durch weitere medizinische Informationen der Ärztekammern und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Internet. So werden das Informationsangebot und der Informationsfluss für die Frauen gestärkt.

„Die Auseinandersetzung über eine Reform des §219a StGB hat mit Blick auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau den verfassungsrechtlichen Auftrag, das Lebensrecht des Ungeborenen zu schützen, oft genug verstellt. Es ist richtig, am Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche festzuhalten“, erklärt die Landesvorsitzende der Frauen Union der CDU Schleswig-Holstein, Katja Rathje-Hoffmann MdL, anlässlich der Debatte um den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch.

„Die Ärzte erhalten die notwendige Rechtssicherheit, in welcher Form sie über Schwangerschaftsabbrüche im Internet informieren können und nicht mit dem Strafrecht in Konflikt geraten. Ideologische Debatten helfen den Frauen in ihrer Konfliktsituation nicht weiter“, stellt die Landesvorsitzende der Frauen Union der CDU fest.



**Wir wünschen unseren
Leserinnen ein frohes Osterfest!**

Bundes-FU

Kolumne unserer Beisitzerin im Bundesvorstand



In der Februarsitzung widmete sich der FU-Bundesvorstand aktuellen Fragen der Gesundheitspolitik.

Jens Spahn MdB, Bundesminister für Gesundheit, war zu Gast und berichtete über aktuelle Themen.

Insbesondere die Überweisungen des 32. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU Deutschlands aus dem Gesundheitsbereich an den FU-Bundesvorstand wurden im gemeinsamen Gespräch thematisiert. Folgende Beschlüsse hatte der 32. Bundesdelegiertentag in 2017 gefasst: "Kostenübernahme Kryokonservierung" (Entnahme und Einfrieren von Eizellen bzw. Spermien bei Krebspatienten, zu nutzen für einen späteren Kinderwunsch), "Erhöhung der Attraktivität für Hausärztinnen/Hausärzte im ländlichen Raum", "Liposuktion als Behandlungsmethode beim Lipödem" (Entfernung von Fettgewebe bei chronisch fortschreitender Erkrankung, betrifft fast ausschließlich Frauen), "Schutz vor Gebärmutterhalskrebs vorantreiben" und "Frauen spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft. Hebammen helfen Ihnen dabei!" Insbesondere zu dem letzten Beschluss verwies Minister Spahn auf das Eckpunktepapier seines Hauses "Sofortmaßnahme zur Stärkung der Geburtshilfe". Dieses Eckpunktepapier ist übrigens auf der Homepage des Ministeriums veröffentlicht, dort finden sich auch weitergehende Informationen zur Situation der Hebammen.

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/hebammen.html>

In der weiteren Vorstandssitzung wurde 100 Jahre Frauenwahlrecht ebenso thematisiert, wie die Kampagnen für die Wahlen im Jahr 2019. So ist der 26. Mai 2019 sozusagen ein "Super-Wahltag". Neben der Europawahl wird an diesem Tag auch die Bremische Bürgerschaft gewählt. Ebenfalls finden die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen statt. In Hamburg werden zeitgleich die Bezirksversammlungen gewählt. Bei so vielen anstehenden Entscheidungen lohnt sich wahrlich der engagierte Einsatz im Wahlkampf umso mehr!

Ihre/eure Dr. Stefanie Rönnau

Aus dem Landeshaus und der CDU-Fraktion

❖ Gratulation zu 10 Jahren Pflegestützpunkte in Schleswig-Holstein

In Kürze werden alle Kreise Schleswig-Holsteins über einen Pflegestützpunkt verfügen. In den Pflegestützpunkten können sich Betroffene und Angehörige an Fachleute wenden und erhalten pragmatische Hilfe im Umgang mit Pflege und Demenz.

❖ Schulgeldfreiheit für Ausbildungen der Gesundheitsfachberufe

Mit den im Landeshaushalt eingestellten mehr als 3,3 Millionen Euro können 300 Plätze der Gesundheitsfachberufe gefördert werden. So gilt jetzt die Schulgeldfreiheit für die Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie sowie bei medizinischen Bademeisterinnen / Bademeistern und Masseurinnen / Masseuren.

❖ Betrieb von Naturkindergärten gesichert

Es gibt derzeit 200 Naturkindergärten in Schleswig-Holstein (zum Vergleich: in Deutschland gibt es insgesamt 1.500), die teilweise seit ca. zwei Jahren erhebliche Schwierigkeiten mit den Bauämtern hatten. Für Schutzhütten und Bauwagen muss nun lediglich eine Verein-fachte Baugenehmigung - wie z. B. für ein Carport - eingeholt werden. Das Landeswald-gesetz wurde entsprechend geändert. Zugelassene und geeignete Heizquellen, am besten gasbetriebene Feuerstätten, sollen regelmäßig durch den jeweils zuständigen Bezirksschornsteinfeger abgenommen werden.

Der Leitfaden für die Naturkindertagesstätte sowie ein entsprechender Erlass des Innenministeriums geben detaillierte Auskünfte.

❖ Tarifabschluss auch für Beamtinnen und Beamte übernehmen

Die Jamaika-Koalition hat die Tarifvorsorge auf 3 Prozent pro Jahr erhöht, so dass damit die Voraussetzung für eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Abschlusses auch für Beamtinnen und Beamte des Landes gegeben ist.

Termine

Hier können zukünftig auch Ihre FU-Termine stehen! Dadurch ist jede FU-Frau frühzeitig darüber informiert, welche FU-Aktivitäten in den anderen Kreisverbänden stattfinden und es wird dadurch auch einfacher, an den - für eine Teilnahme offenen - Terminen anwesend zu sein.

Wenn auch Ihre FU-Termine in unserem Newsletter veröffentlicht werden sollen, dann mailen Sie diese bitte an: stefanie.roennau@icloud.com. Die Termine werden dann in der jeweils nächsten Newsletter-Ausgabe veröffentlicht.

<u>Datum/ Uhrzeit</u>	<u>Ort</u>	<u>Veranstaltung</u>	<u>Hinweise</u>
12.04.2019	Berlin	FU-Bundesvorstand	Nur für Vorstandsmitglieder!
15.04.2019 18.00 Uhr	Kiel, LGS	FU-Hauptausschuss	Anmeldung!
26.05.2019		Europawahl	Gehen Sie wählen!
07.06.2019	Berlin	FU-Bundesvorstand	Nur für Vorstandsmitglieder!
11.06.2019 19.00 Uhr	Neumünster Hotel „Altes Stahlwerk“	FU trifft ...	Gesonderte Einladung!
15.06.2019	Kiel, Stiftung Drachensee	FU-Delegiertentag	Gesonderte Einladung!

+++ NEWS-TICKER +++

Wenn Sie möchten, können an dieser Stelle auch Ihre Neuigkeiten stehen!
Bitte mailen Sie mir dafür Ihre Information zu: stefanie.roennau@icloud.com.

+++ Anja Wagner-Scheid wurde als Landesvorsitzende der Frauen Union Saar wiedergewählt. +++ 08. März 2019: Internationaler Frauentag +++ 18. März 2019: Equal Pay Day +++ Diana Stolz ist neue Landesvorsitzende der FU Hessen. Petra Müller-Klepper, die nach 12 Jahren im Amt nicht erneut kandidierte, wurde zur Ehrenvorsitzenden gewählt. +++ 25. März 2019: Verabschiedung des Europawahlprogramms +++ Der FU-Mitgliedsantrag nach aktuellen Anforderungen (Datenschutzgrundverordnung!) ist im CDU-Shop erhältlich (kostenloser Bezug, lediglich Übernahme der Portokosten):

https://www.shop.cdu.de/Vereinigungen/Frauen-Union/Mitgliederbetreuung/Aufnahmeantrag-der-Frauen-Union.html?force_sid=a8qvr4uca8lrsnosr5a7c29kp4&listtype=search&searchparam=Frauen%20Union

Ein Herunterladen und Ausfüllen über die Homepage der FU Bund ist ebenfalls möglich:

https://www.frauenunion.de/images/stories/docs/FU-Online-Mitgliedsantrag_2019.pdf

+++ 27. April 2019: Auftaktveranstaltung für den Europawahlkampf in München +++ 24. Mai 2019: Abschlussveranstaltung im Europawahlkampf in München +++ Dr. h. c. Doris Pack wurde erneut zur Präsidentin der EVP-Frauen gewählt. +++ 10. Juni 2019: Beginn der Frauenfußball-WM in Kanada +++

Redaktionsschluss für das nächste FU-Info ist der 15.05.2019!

IMPRESSUM

FU Schleswig-Holstein | CDU-Landesverband Schleswig-Holstein
Sophienblatt 46 | 24114 Kiel, Tel.: 0431/66 0 99 0 | info@cdu-sh.de

Redaktion: Dr. Stefanie Rönnau



Wissen Sie eigentlich, wie wichtig Sie sind?

Liebe Leserin,

Sie können bei uns in der Frauen Union mitarbeiten – auch, wenn Sie (noch) kein Mitglied in der CDU sein sollten!

Wir sind Frauen verschiedenster Altersstufen, die beruflich in den unterschiedlichsten Bereichen bzw. als Familienmanagerin arbeiten, als Single oder in Partnerschaften leben, zum Teil Kinder und Enkelkinder haben und wollen mit unserem aktiven Einsatz für Frauen etwas bewegen. Wir freuen uns über jedes weitere Mitglied, das uns dabei unterstützen möchte!

Bei Interesse an einer Mitgliedschaft wenden Sie sich einfach an unsere FU-Landesgeschäftsführerin oder laden Sie sich den Mitgliedschaftsantrag (siehe unten) als PDF-Datei herunter und mailen Sie den ausgefüllten Antrag an: helga.lucas@cdu-sh.de.

Alternativ senden wir Ihnen den Antrag auch gerne postalisch zu. Schreiben/senden Sie uns einfach eine kurze E-Mail, einen Brief, ein Fax oder rufen Sie uns an.

Frauen Union der CDU Schleswig-Holstein, Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel

Telefon: 0431 6609933, Telefax: 0431 6609999

E-Mail: helga.lucas@cdu-sh.de

Auszug aus der Satzung der Frauen Union der CDU Schleswig-Holstein:

Mitglieder der Frauen Union der CDU, die zugleich auch der CDU angehören, sind von der Zahlung eines Mitgliedsbeitrages an die Frauen Union befreit.

Mitglieder der Frauen Union der CDU, die nicht der CDU angehören, sind verpflichtet, einen monatlichen Beitrag zu zahlen, dessen Höhe von der Delegiertenversammlung beschlossen wird. Der monatliche Beitrag beträgt mindestens € 2,50. Er sollte nicht unter dem Mindestbeitrag der Partei liegen. Auf Antrag kann der Beitrag ermäßigt oder erlassen werden.

Download Aufnahmeantrag unter www.frauenunion.de

Equal Pay Day Frauen zeigen Flagge – Lohnlücke schließen!

Das haben wir erreicht:

- **Ein Stopp für die Teilzeitfalle:** Mit der neuen Brückenteilzeit gilt jetzt die zeitlich befristete Teilzeit. Die vereinbarte Arbeitszeit kann künftig für ein bis fünf Jahre verringert werden. Dann müssen die Arbeitgeber die Rückkehr in Vollzeit ermöglichen.
- **Lohntransparenz:** Mit dem Entgelt-Transparenz-Gesetz haben wir einen wichtigen ersten Schritt gemacht. Das Gesetz zu Auskunftsrechten und Lohntransparenz soll zum Abbau der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern beitragen, damit Frauen und Männer gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen.
- **Die Quote wirkt.** Dank des Gesetzes zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen der Wirtschaft steigt der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten kontinuierlich.
- **Rentenlücke verringert:** Die Mütterrente wurde für Mütter, deren Kinder vor dem 1. Januar 1992 geboren sind, auf 2,5 Entgeltpunkte pro Kind erhöht.

Das fordern wir:

- **Politische Teilhabe** von Frauen auf allen Ebenen in Parteien und Parlamenten. Eine Wahlrechtsreform im Bundestag muss die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Parlament voranbringen. Wir wollen eine Bundesstiftung zur gerechten Partizipation von Frauen.
- **Gleichberechtigte Teilhabe in Führungspositionen** im Öffentlichen Dienst bis 2025. Unternehmen müssen das Gesetz zur Frauenförderung einhalten. Zielgröße „Null“ wollen wir sanktionieren.
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Viele Frauen arbeiten in sozialen Berufen. Wir wollen ihre Arbeitsbedingungen weiter verbessern. Die Aufwertung der Pflegeberufe ist ein Anfang. Dies muss sich auch für die Erzieherberufe ändern.
- **Grundrente:** Das Geld muss die Frauen zielgenau erreichen. Hier hilft kein Gießkannenprinzip.